

KONGRESS DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Christliche Wurzeln geben Kraft für die Zukunft

Die Abgeordneten von CDU und CSU im Deutschen Bundestag nehmen die Verpflichtung, die mit dem „C“ in ihrem Parteinamen verbunden ist, sehr ernst. Dies wurde während eines Kongresses am Montag deutlich, zu dem der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Hans-Peter Friedrich, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeladen hatte. Volksvertreter beider Konfessionen, jeden Alters und aus allen Teilen Deutschlands bekannten sich zu ihrem besonderen christlichen Auftrag.

Erfolgreicher Kongress ist nur der Auftakt

Friedrich zeigte sich erfreut über die große Resonanz des Kongresses. 700 Teilnehmer waren dazu in den Bundestag gekommen. Nach der grundsätzlichen Aussprache über das Christliche in der Politik will die Unionsfraktion in den kommenden Monaten in weiteren Veranstaltungen im Dialog mit den Kirchen darüber nachdenken, wie sich das christliche Menschenbild auf einzelnen Politikfeldern entfaltet.

„Das ‚C‘ ist für uns der Kompass“, betonte Fraktionschef Volker Kauder. Vor diesem Hintergrund setze er sich etwa für ein striktes Verbot der Präimplantationsdiagnostik ein: „Wir dürfen nicht auswählen, wer auf die Welt kommen soll und wer nicht.“ Kauder forderte auch ein stärkeres Engagement für bedrohte und verfolgte Christen in der Welt. „Wir sehen, dass Christen die am meisten bedrängte Religionsgemeinschaft in der Welt sind.“ Er sei dafür, dass in Deutschland die Muslime ihren Glauben frei ausleben und deshalb auch Moscheen errichten dürften. „Ich erwarte aber, dass Christen in der Türkei und Malaysia auch ihre Kirchen bauen dürfen.“

Das „C“ unterscheidet die Union von allen anderen Parteien

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, betonte die Bedeutung des „C“ für die Union. Es sei ihr „Alleinstellungsmerkmal“, aus christlicher Überzeugung Politik zu machen. Gleichzeitig zog der Erzbischof Grenzen. Er wünsche sich von seiner Kirche Zurückhaltung, wenn es um politische Detailfragen geht. Die Kirchen sollten vielmehr die Maßstäbe setzen, die den Politikern Orientierung geben. Der amtierende Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Nikolaus Schneider, ermahnte die Politik, immer die soziale Balance im Auge zu haben.

Das „C“ erspare nicht das eigene Denken der Politiker, betonte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Friedrich. Denn das „C“ sei kein fertiges Rezeptbuch. „Im Gegenteil: Es ist ein Aufruf, selbst zu denken, sich der Verantwortung vor Gott zu stellen, die jeder von uns als Person und Gottes Geschöpf hat.“ Gleichzeitig wüssten Christen aber auch von ihrer Endlichkeit und Fehlbarkeit. Deshalb, so Friedrich, sei Politik nicht Heilshandeln. „Wir Christen wissen, dass jeder Versuch den Himmel auf Erden zu verwirklichen, stets die Hölle produziert.“ Deshalb bewahre der christliche Glaube vor Ideologien und utopischen Heilsversprechungen.

GESUNDHEITSREFORM

Koalition stabilisiert Krankenkassen

Die Gesundheitsreform der Koalition stellt sicher, dass auch weiterhin alle Menschen in Deutschland von unserem erstklassigen Gesundheitssystem profitieren. Gleichzeitig wendet die Regierung ein Defizit in Höhe von elf Milliarden Euro ab.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter, und die Medizin kann ihnen dank des rasanten technischen Fortschritts immer besser helfen. So positiv beide Entwicklungen sind, so hoch sind die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen, die sie mit sich bringen. Durch die nun vorgelegte Gesundheitsreform bleibt die flächendeckende erstklassige Versorgung weiterhin zu fairen Konditionen möglich. Damit die Finanzierung der Gesundheitsversorgung auch weiterhin auf viele Schultern verteilt bleibt, beteiligt die Koalition alle in einem fairen Paket: Die Leistungserbringer, die Arbeitgeber, die gesetzlichen Krankenkassen, deren Mitglieder und alle Steuerzahler. Das ist gerecht, ausgewogen und für alle zumutbar. Leistungskürzungen für die Patienten gibt es nicht.

Gemeinsame Anstrengungen für ein stabiles Gesundheitssystem

Eine Entlastung des Gesundheitssystems erlaubt die nun vereinbarte Rückkehr zum vor der Wirtschaftskrise gültigen Krankenversicherungs-Beitragsatz. Mit 15,5 Prozent wird er 2011 wieder auf das Niveau von Anfang 2009 gebracht. Der Beitrag war zwischenzeitlich abgesenkt worden. Damit hatte die unionsgeführte Bundesregierung eine wichtige Grundlage für die weltweit beachtete positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gelegt. Erhalten bleibt selbstverständlich die beitrags- und zusatzbeitragsfreie Familienmitversicherung. Einsparungen werden dagegen vor allem im Bereich der Ausgaben bei Ärzten, Krankenhäusern und für Arzneimittel erzielt.

Im Bereich der hausarztzentrierten Versorgung hat sich die CSU-Landesgruppe erfolgreich für einen Vertrauens- und Bestandsschutz für bestehende Verträge – wie zum Beispiel die Hausarztverträge in Bayern – eingesetzt. Eine Verteilung der Honorarzuwächse an die Länder mit geringeren Ausgabenniveaus wäre jedoch nicht sachgerecht. Die CSU-Landesgruppe wird sich daher für eine Regelung stark machen, die die vorgesehenen Honorarzuwächse gerecht auf alle Länder verteilt.

Faire Behandlung der Hausärzte - Wettbewerb der Kassen senkt Kosten

Durch die Verhinderung des Defizits der Krankenkassen hat die christlich-liberale Koalition die Grundlage dafür geschaffen, dass die meisten Kassen auch 2011 ohne Zusatzbeiträge auskommen werden. Darüber hinaus wird es einen Sozialausgleich geben. Im Fall der Bedürftigkeit wird dann der Arbeitnehmeranteil an den Gesundheitskosten abgesenkt, ohne dass dafür ein Antrag gestellt werden muss. Um den Wettbewerb zwischen den Kassen zu erhöhen, kann jederzeit aus einer Kasse mit Zusatzbeiträgen in eine günstigere Kasse gewechselt werden.